



Die Hilfsbereitschaft e.V.
Partner für Engagement in Berlin

Bericht

Runde Tische 2012 zur Förderung des freiwilligen Engagements in Berlin



Veranstalter und Herausgeberin:

Carola Schaaf-Derichs
für den Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

Kommunale Verantwortung und Daseinsvorsorge

Welche Rolle kann das Bürgerschaftliche Engagement spielen, welche aber nicht?

Datum: 29. Oktober 2012, 17:30 bis 19:30 Uhr

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Gast: Alexander Spies, MdA, Piratenfraktion

Es diskutierten: Nalan Arkat | Tobias Baur | Christine Fidancan | Jutta Herrlein | Nicole Katschewitz | Ülker Radziwill | Jo Rodejohann | Carola Schaaf-Derichs | Gabriele Schlimper | Bernd Schüler | Alexander Spies | Florian Stenzel | Ricarda Weller - an einem Tisch mit 29 Teilnehmenden

Weitere Dokumentation & angeführte Materialien: www.runder-tisch.freiwillig.info/?p=975

Die Spannweite des Themas beleuchten zwei Zitate, das eine aus dem Informationsdienst Altersfragen des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA), das andere aus einer Veröffentlichung des langjährigen Geschäftsführers des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Thomas Rübke. (Aus der Einladung)

„Daseinsvorsorge“ bedeutet die Schaffung, Sicherung und Entwicklung (notwendiger) sozialer Lebensbedingungen der Bürger. In der Art und Weise der Umsetzung dieses Auftrags sind die Kommunen... jedoch weitgehend frei. Sie ... haben die Möglichkeit und werden in einigen Gemeindeordnungen sogar ausdrücklich dazu angehalten, private bzw. privatisierte Formen der Aufgabenwahrnehmung einzuführen und sich selbst auf die grundsätzlich subsidiäre Gewährleistungsverantwortung zu beschränken. (DZA)

Freiwilliges Tätig sein steht mitten im Leben, es darf keine Spielwiese und Beschäftigungstherapie sein, aber auch keine verlängerte Werkbank professioneller Arbeit. Es folgt seinen eigenen Gesetzen. (Rübke)

Zum ersten Runden Tisch des Jahres konnte die Moderatorin einmal mehr Ülker Radziwill von der SPD-Fraktion als Patin begrüßen. Seit dem Start der Runden Tische im

Ergebnis des Internationalen Jahrs der Freiwilligen 2001 hat die Patin seit über einem Jahrzehnt nicht nur immer wieder ins Abgeordnetenhaus eingeladen, sie war und ist an den Runden Tischen auch als unermüdlich aktive Mitstreiterin bekannt: *eine mehr als beachtliche Bilanz*. Nach einer kurzen Vorstellung der Regeln an den Runden Tischen, der Akteure auf und hinter der Bühne sowie dem herzlichen Dank an die von Beginn an fördernde und damit die Runden Tische ermöglichende Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hatte das erste Wort in der Sache wie immer die Patin.

Sie bemerkte gleich eingangs, dass der Runde Tisch diesmal in einem Raum des Abgeordnetenhauses zusammen gekommen sei, in dem auch der Hauptausschuss tagt, dort, *wo die Gelder verteilt werden, eben auch für die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin und des Ehrenamts*. Und es sei überhaupt kein neues Thema, das heute auf der Tagesordnung stehe, aber es mache Sinn, immer einmal wieder Bilanz zu ziehen:



Ich glaube, dass wir im Land Berlin die kommunale Verantwortung sehr ernst nehmen und auch Daseinsvorsorge gerade auch aus Sicht der SPD-Fraktion nochmal eine besondere Aufmerksamkeit genießt - auch innerhalb der SPD als Partei in Berlin, da haben wir ja ganz klare Zielangaben. ... es war auch immer wichtig, im Bereich der Sozialpolitik auch zu schauen, dass wir Daseinsvorsorge auch dort nicht aus dem Blick verlieren, dass wir



Infrastruktur - also die Verantwortung auf der kommunalen Ebene - so verstehen, dass wir eine Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement, für Ehrenamt auch unterstützen und das eben nicht auf die Art "Politik schafft es nicht und das verschiebt bestimmte Aufgaben in die Landschaft der privaten und der freien Träger", sondern eben es mehr in Richtung Kitt in der Gesellschaft zu organisieren - die Bedeutung des Ehrenamts als solches eben auch zu unterstützen.

Rückblickend auf das in den letzten Jahren aus ihrer Sicht Erreichte und versichernd, dass sich Senat und Koalitionsparteien angesichts anstehender demografischer Entwicklungen nicht aus ihren Verantwortungen für eine umfassend verstandene, auch soziale Daseinsvorsorge zurückziehen werden (*und sagen, dass ist jetzt etwas, was nur aus der privaten Landschaft erfüllt werden muss*), sehe sie eine wachsende Be-

deutung für freiwilliges und ehrenamtliches Engagement in der Stadt. Sie frage deshalb nach dem *in den nächsten vier Jahren, die wir noch in dieser Koalition vor uns haben - auch mit Blick vielleicht auf den nächsten Haushalt* - Erreichbaren, welche Bündnisse und Mehrheiten hier im gemeinsamen Interesse organisiert werden könnten.

Ich glaube, dass wir in Berlin nicht schlecht aufgestellt sind, aber das sagt uns ja nicht, dass wir ruhen dürfen, sondern kreativ eben an dieser Entwicklung weiterarbeiten sollten. So, ich bin sehr neugierig, was sie auf der Ebene der Akteure vor Ort uns heute mit auf den Weg geben möchten.

Die Aufgabe, das Thema *Daseinsvorsorge* im Sinne einer verantwortlichen kommunalen (sozial)politischen Aufgabe im weitesten Sinne in seinem Verhältnis zum bürgerschaftlichen Engagement genauer anzuschauen, hatte Jo Rodejohann übernommen:



Denn was zunehmend auch in Berlin politische Aufmerksamkeit gewinne, auch bürgerschaftlichem Engagement (subsidiär) als Aufgabe zugewiesen werde, was auf den ersten Blick selbsterklärend scheine, bedürfe zum tieferen Verständnis doch des genaueren Hinschauens:

Historisch wurde der Begriff in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts geprägt, als tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen Menschen in großer Zahl in eine Lebenslage brachten, in der sie aus eigener Kraft ihr Alltagsleben, ihr *Dasein* nicht mehr bewältigen konnten. Darum müsse irgendjemand anders eingreifen, sich *sorgen*. Da die Gesellschaft hier offensichtlich keine hinreichenden Lösungen bereitstellte, versagte, kam die Aufgabe der Daseinsvorsorge notwendig auf den Staat. Dem Staatsrechtler Forsthoff wird die erste konzeptionelle Ausarbeitung (1938) zugeschrieben.

Abgeleitet aus dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes wird (soziale) Daseinsvorsorge heute auf der zuständigen kommunalen Ebene in der Regel als Ziel bestimmt, den Menschen ihre notwendigen sozialen Lebensbedingungen zu schaffen und zu gewährleisten. So hat zum Beispiel das Land Berlin als *Staatsziel* in seiner Verfassung verankert, dass jeder einen angemessenen Wohnraum haben solle. Daraus ist aber nicht - das lerne man sofort, wenn man sich die entsprechende Broschüre der Landeszentrale für politische Bildung vornehme - ein wie auch immer gearteter Rechtsanspruch abzuleiten. Denn - und das sei der entscheidende Punkt - in der Gestaltung und der Umsetzung solcher Ziele, und damit auch der Daseinsvorsorge, sind Politik und Verwaltung weitgehend frei, wie sie das umsetzen - und ob überhaupt.

Seit Jahrzehnten nun ist der in der Mitte des letzten Jahrhunderts aus Gründen wirk-

samer gesellschaftlicher Daseinsvorsorge gewachsene Sozialstaat weltweit politisch streitig gestellt - und damit die Rollen und die Aufgaben des Staates. Soziale Daseinsvorsorge als kommunale Aufgabe, das zeigen im einzelnen angeführte Beobachtungen und Beschreibungen deutlich, gerät zunehmend in eine Zwickmühle zwischen Staatsversagen (weil Mittel fehlen und/oder wegen politischer Entscheidungen) und Marktversagen (weil Leistungen nicht rentabel erzeugt werden können). Die gesellschaftlichen Probleme aber bleiben ungelöst oder werden zunehmend (Beispiel Tafeln) dem freiwilligen Engagement von Bürgerinnen und Bürger überantwortet - oder ihnen einfach überlassen. Die Aktive Bürgerschaft, ein Zusammenschluss aus dem Feld genossenschaftlicher Banken, sieht bürgerschaftliches Engagement längst als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge:

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist in die kommunale Daseinsvorsorge mit eingebunden. Ohne die freiwilligen und unentgeltlichen Leistungen ihrer Bürgerinnen und Bürger können viele Kommunen ihre Aufgaben in der Daseinsvorsorge kaum noch bewältigen.

Dadurch haben sich im Bürgerschaftlichem Engagement bereits jetzt (Stichwörter: Monetarisierung, Haupt- und Ehrenamt) spannungsreiche Verhältnisse entwickelt. Sie dürften absehbar nicht entspannter werden. Dr. Thomas Rübke, Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE), beschreibt, wie gerade die



aus mangelhafter gesellschaftlicher Daseinsvorsorge entspringenden *lückenbüßenden* Erwartungen und Zumutungen dieses freiwillige Engagement selbst in seinem Kern, in seiner Sinnhaftigkeit zu untergraben drohen:

Wenn wir das Engagement aber zu sehr mit Sachzwängen einengen, die Zeit stehlen, oder mit Erwartungen befrachten, die aus der Erwerbsarbeit stammen, dann wächst die Gefahr, dass Menschen die Freude am Engagement verlieren. Freiwilliges Tätig sein steht mitten im Leben, es darf keine Spielwiese und Beschäftigungstherapie sein, aber auch keine verlängerte Werkbank professioneller Arbeit. Es folgt seinen eigenen Gesetzen.

Vor diesem am Tisch nur skizzierbaren Spannungsbogen, unter den das Stichwort Daseinsvorsorge so die Runde setzte, nahm die Moderatorin eine aktuelle Allensbachfrage im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung zur Dringlichkeit und zu den Einsatzmöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements, unterschieden nach "Spielfeldern", "Enga-

gement als Bürgerpflicht", "Streichkandidaten" und "Staatlichen Kernaufgaben" zum Anlass zu fragen:

Wo sehen Sie sich in diesem Zusammenhang, was sind ihre Erwartungen an das, was eine staatliche Daseinsvorsorge, eine kommunale Daseinsvorsorge Ihnen ermöglichen müsste? Wir haben beide Pole im Blick, das, was wir selbst einbringen können, was wir machen wollen, aber auf der anderen Seite auch das, was wir vielleicht als Rahmen zwingend benötigen, wo wir sagen: Also ohne diese Unterstützung von staatlicher Seite geht es aber auch gar nicht. Da würde ich jetzt Sie herzlich einladen, nochmal aus ihrem Feld jeweils zu berichten.

- **Koordination & Organisation:** In einem Patenschafts-Netzwerk von 16 Organisationen werden vier ehrenamtlich koordiniert: *Das geht eine ganze Weile gut, aber irgendwann ist ehrenamtliche Koordination mal ein Fulltimejob, was die Kräfte der dort Tätigen erschöpft. Vier Organisationen sind in prekärer Lage. Sie kämpfen mit der typischen Modellprojektförderung, das geht zweimal gut und danach? Die Organisation ist sechs*



Jahre im Feld, gut etabliert, die Marke ist etabliert, das Netzwerk wird immer größer, die Bedarfe werden immer größer, aber es ist halt nichts mehr Neues. Und das ist typisch Stiftungsförderung, das ist typisch für Quartiersmanagementförderung. Zu wünschen wäre ein kreativer, nachhaltiger Finanzierungsmix durch Staat, Unternehmen und Gesellschaft. Die Erfahrungen zeigen, dass freiwillig engagierte Menschen, besonders bei herausfordernden Aufgaben wie im Feld sozialer Daseinsvorsorge, tatsächlich Unterstützung brauchen, eine ständige Koordination, zuverlässige Begleitung, feste

Ansprechpartner. Der Staat kann sich nicht völlig zurückziehen ... Unterstützt uns und dann wird das auch mit dem bürgerschaftlichen Engagement noch mehr.



• **Schnittstellen zwischen freiwilliger & professioneller Arbeit:** Bei der Unterstützung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen, diesem klassischen Feld staatlich geregelter sozialer Daseinsvorsorge, kommt häufiger die Anfrage von Familienhelfern und von Familienhelferinnen, deren Zeit, die sie jetzt eben bei einer Familie

verbracht haben, um dort eben unterstützend zu wirken, ist jetzt dem Ende nahe und man dachte, vielleicht könnte ein freiwilliger Pate, eine freiwillige Patin im Anschluss auch noch eine weitere hilfreiche Unterstützung sein. Und da stellt sich für uns natürlich das sehr heikle Problem, dass dann in diesen Familien quasi schon ein Profi drin war, der natürlich die entsprechenden Erwartungen geschürt hat und es dann natürlich für einen möglichen Freiwilligen eine große Herausforderung darstellt.

- Regel- statt Projektfinanzierung:** Benannt wurde das politische Dilemma, dass seitens der Politik *immer mehr Angebote, die wir uns gerne in einer Regelfinanzierung wünschen, über die Projektebene versucht wird zu organisieren*. Wenn das, wie in Berlin zuletzt erfolgreich der Fall, durch EU-Förderungen geschieht, dann gebe es, wie gerade im Abgeordnetenhaus erörtert, *genau das Problem, was sie auch beschrieben haben, dass ein Teil der Projekte in einer soliden Finanzierung, wie sie sich das wünschen möglicherweise nicht weiter überführt werden kann*. Andere können sozusagen eine Hängepartie organisiert bekommen und die spannende Frage ist, was passiert eigentlich mit der nächsten Förderperiode 2014. Dazu gehöre dann aber, so der Einwand von Trägerseite, die Möglichkeiten aus der EU-Förderung durch kreative Kofinanzierungen auf Landes- und Bezirksebene besser auszuschöpfen; eben auch vor dem Hintergrund sich zukünftig verändernder finanzieller Rahmenbedingungen.



- Handlungsspielräume sichern & ausweiten:** Die kommunale, örtliche Gestaltungshoheit zur Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge sollte nicht durch europäische Wettbewerbsregelungen eingeschränkt werden. Aber auch die Rahmenbedingungen bilden zunehmend hohe Barrieren für geförderte Projekte: Diese werden, so der Eindruck auch der Patin, mit *überbordenden bürokratischen Anforderungen konfrontiert, wo es den Projekten, die viel mit ehrenamtlichem Engagement arbeiten, schon ganz schön schwindlig wird*. Angesprochen wurden auch die Finanzierungsmodalitäten von Projekten, das ungelöste große Problem der Vor- und Zwischenfinanzierungen, wozu nur wenige in der Lage sind.



Wie aber weiter? Denn vieles von dem am Tisch Vorgetragenen war schon zuvor immer wieder in den Jahren auf diesem Runden Tisch im Abgeordnetenhaus gelandet. Stellt sich also *die Frage nach dem Aktivbürger, der Aktivbürgerin, brauchen wir davon mehr? Wie sehen Sie da ihre persönliche Aktion? Welchen Weg steuern Sie an bzw. welche Rolle und mit welcher Wahrnehmung hätten Sie gerne ein staatliches, kommunales Gegenüber, haben wir Vorstellungen, wie wir miteinander ins Gespräch kommen können?*

nen?

Die weitere Diskussion bettete die Lösung der Probleme, die mit der Frage nach der Rolle sozialer Daseinsvorsorge für Bürgerschaftliches Engagement aufgeworfen worden waren, rasch in zuletzt in Berlin engagementpolitisch entwickelte übergreifende

Überlegungen: Ein gemeinsames Haus, ein zentraler Ort wurde von Beteiligten als wünschenswert empfunden. Vor allem aber sollten in allen Bezirken Anlaufstellen nach dem Muster bereits aktiv handelnder Bezirksverwaltungen entstehen. Das könnten Ehrenamtsbüros sein oder Freiwilligenagenturen oder auch andere Modelle. Es gehe um *feste Ankerplätze, Ankerorte* mit Koordinations- und Organisationsverantwortung. Aus der Sicht der Patin *eine wunderbare Aufgabe, die dann der „Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement“ hier vom Hause aus gut koordinieren könnte* - unter Einschluss auch des Landesnetzwerks mit seiner offenen, bürgerschaftlich sehr engagierten Arbeitsweise. Der Fokus der Umsetzung wurde allgemein vor allem in den Bezirken gesehen, *aber das müsse zusammen organisiert werden*. Gelernt werden könne dabei, hieß es weiter, von erfolgreicher bezirklicher Wirtschaftsförderung, denn auch Engagierte *brauchen sozusagen eine fürsorgliche Hand, die sie leitet, bis die mit dem wirklichen Projekt, bis die mit ihrem Tatendrang und ihrem guten Willen gut angekommen sind*.



Andere Stichworte aus der Diskussion:

- **Entwicklungsplan für Engagementförderung:** Ein solches Konzept, *man könnte auch sagen Leitlinien, Masterplan*, wurde wiederholt angesprochen, könnte eine mögliche Aufgabe für den Unterausschuss sein. Das werfe die Frage nach Schwerpunkten auf:



Denn nicht *alle Projekte in allen Kiezen* könnten *überall gleichermaßen intensiv gefördert* werden, warnte die Patin und lud ein: *Ich glaube, das Ringen darum müssen wir gemeinsam organisieren*. Und es könne nicht nur um die gehen, *die laut schreien oder die sich gut artikulieren können, dass sie eben für bestimmte Bereiche und für bestimmte Personengruppen viel raus holen, so muss Politik sich genau um die Gruppen auch kümmern, die eben sich nicht so gut artikulieren können - und das wirklich ganz genau im Bereich der Daseinsvorsorge zu berücksichtigen*.

- **Die Engagementlandschaft vielfältiger gestalten:** *Wen fördern wir denn eigentlich? Wenn unsere Klienten sich mal betätigen möchten, Menschen mit Beeinträchtigungen, das ist ein größeres Problem, weil sie möchten mal aus dem eigenen Bereich raus. Selbsthilfe ist zwar auch eine sehr positive Sache, aber sie sind immer noch in ihrem gleichen Kernfeld praktisch drin und es ist schwierig, sie einfach irgendwo anders im*

Ehrenamt unterzubringen, weil sie natürlich mehr Anleitung, mehr Begleitung brauchen: Wessen Aufgabe ist es dann, die zu begleiten? Möchten wir so was fördern auch?

- **Transparenz in der Engagementlandschaft:** *Es tut sich eine ganze Menge in dieser Stadt, hat einer von uns einen Überblick darüber? Ich glaube auch nicht mal, dass die Landesnetzwerke oder auch die sonstigen übergeordneten Netzwerke sagen können: Wir haben einen kompletten Überblick. Sie haben immer einen Überblick über bestimmte Teilbereiche ...*

Die Gestaltung und Sicherung der sozialen Daseinsvorsorge unter den gegebenen und absehbaren Bedingungen stellt Bürgerschaftliches Engagement, so lässt sich die Run-



de vielleicht zusammenfassen, vor wachsende Herausforderungen. Sein möglicher Beitrag gerade in diesem Kontext bedingt jedoch verlässliche Strukturförderungen, wechselseitige Verbindlichkeiten eher nach Art

des klassischen Ehrenamtes. Er darf nicht den Unwägbarkeiten und Befristungen von Projektförderung ausgesetzt sein, auch wenn diese auf Zeit Regelförderungen ersetzen können. Dafür zielführende Ansätze und Konzepte sind an den Runden Tischen immer wieder angesprochen worden, auch diesmal wieder. Zu beobachten sind aktuell aber eher Bewegungen und Entwicklungen in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft, die von nachhaltigen Lösungen weg statt ziel führen - gerade hinsichtlich eines zunehmend wichtigeren Beitrags zur sozialen Daseinsvorsorge - .

Ich glaube, beendete die Moderatorin einstweilen die Runde, das ist ganz wichtig, dass wir eine gemeinsame Entwicklung einleiten. Also wenn wir uns nicht zusammmentun, verlieren wir uns auch, glaube ich, ganz dramatisch aus den Augen. Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat - wenn sie denn etwas gemeinsam sich vornehmen, wie auch immer der Masterplan dann aussieht - brauchen hier, glaube ich, eine gemeinsame Ebene, auf der sie das tun. Und das wünschte ich mir.



Freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten mit Entgelt: Tabu oder Chance?

Grauzonen nicht nur beim Bundesfreiwilligendienst

Datum: 26.11.2012, 17:00 bis 19:00 Uhr

Patin: Sabine Bangert, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gäste: Martin Beck, MdA, Bündnis 90/Die Grüne | Alexander Spies, MdA, Piratenfraktion

Es diskutiert: Nalan Arkat | Tobias Baur | Sabine Bangert | Annemarie Freinik | Carola Gündel | Dr. Sonja Kudella | Antje Lange | Jo Rodejohann | Maria-Rita Rosenbaum | Carola Schaaf-Derichs | Alexander Spies | Peter Stawenow - an einem Tisch mit 26 Teilnehmenden

Weitere Dokumentation & angeführte Materialien: www.runder-tisch.freiwillig.info/?p=1047

Die begleitende Untersuchung zum Bundesfreiwilligendienst der Hertie School of Government in Berlin und des Heidelberger Centrums für soziale Investitionen und Innovationen beobachtet nach dem ersten Jahr, noch immer stehe "das Format vor der Herausforderung, sich zwischen den Polen Engagement und Erwerbsarbeit zu verorten". Bei einer kürzlichen Tagung zu den Freiwilligensurveys wurde berichtet, dass Berlin bei den über 14-Jährigen gemeinsam mit Hamburg mit 11,1 % die Spitzenposition einnehme bei den freiwillig Engagierten, die ihre Tätigkeit lieber bezahlt sehen würden - mit steigender Tendenz. Gibt es engagement(politische) Bezüge im Programm BerlinArbeit oder in anderen Vorstellungen zu einem Dritten Arbeitsmarkt in Berlin mit seinen 70.000 schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen? Können freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten eine Brückenfunktion haben oder geht es um strikte Abgrenzung? Fragen, die nicht nur die Untersuchung zum Bundesfreiwilligendienst einmal mehr auf die Tagesordnung setzt. (Aus der Einladung)

Der zweite Runde Tisch knüpfte mit dem Thema der Monetarisierung freiwilliger Tätigkeiten durch Zahlung von Entgelten (über Aufwandsentschädigungen hinaus) direkt an den dritten Runden Tisch 2007 "Engagement in der Zwickmühle. Zwischen geringfügiger Bezahlung und Aufwandsentschädigung" an, aber auch in doppelter Weise an die Runden Tische des letzten Jahres: Beim ersten war es um den damals gerade neu

eingeführten Bundesfreiwilligendienst (BFD), beim dritten war es um Anerkennungskulturen bürgerschaftlichen Engagements gegangen, die durch neue entgeltorientierte Formate freiwilliger Tätigkeiten, wofür der Bundesfreiwilligendienst paradigmatisch steht, wachsenden Spannung ausgesetzt werden. Die besondere Bedeutung des Bundesfreiwilligendienstes für diese engagementpolitisch brisanten Entwicklungen hatte auch eine gerade erschienene erste wissenschaftliche Evaluation des BFD gezeigt, die das neue Format vor der Herausforderung sah, *sich zwischen den Polen Engagement und Erwerbsarbeit zu verorten*.

Es war der Moderatorin deswegen eine besondere Freude, als Patin dieses Tisches die ausgewiesene arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sabine Bangert, begrüßen und damit das Thema auch aus dieser Perspektive sichten zu können. Und die Patin hatte wie immer das erste Wort und setzte den besonderen Akzent auf die Grenze zwischen freiwilligen Diensten und Erwerbstätigkeit, die erklärtermaßen ja durch die *Arbeitsmarktneutralität* der ersteren gesichert werden soll:



Insbesondere durch die Altersöffnung beim Bundesfreiwilligendienst stellte sich der Patin die Frage der Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten verstärkt. Denn aufgrund der geringeren Stundenanzahl für Teilnehmende ab 27 Jahren seien Kombinationen mit anderen Beschäftigungen im gleichen Bereich und daher so genannte

Mitnahmeeffekte möglich. Zu ihrer Überraschung werde aber der Zusammenhang mit der Zahlung von Arbeitslosengeld II statistisch nicht erfasst. Die verfügbaren Informationen deuteten an, dass diese Dienste bisher nicht so sehr von langzeiterwerbslosen Menschen genutzt werden, dass sie vor allem für Arbeitssuchende attraktiv seien und viele den BFD als Chance zur Neuorientierung und Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt sähen.

Sicher kann dies eine Unterstützung sein, aber im Kern ist dies eine Aufgabe originärer Arbeitsmarktpolitik und sollte nicht Aufgabe des Bundesfreiwilligendienstes sein und auch nicht zu einer gemacht werden. ... im Bundesfreiwilligendienst muss eine klare Abgrenzung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen wie auch zum Niedriglohnbereich und zu prekärer Beschäftigung erfolgen. ... Auch dürfen die Freiwilligendienste weder zum Einsatz für soziale Arbeit noch für arbeitsmarktpolitische Wiedereingliederungsmaßnahmen werden. Und gerade in Berlin müssen wir sehr genau aufpassen, dass die Freiwilligendienste nicht als Ausfallbürge für sozialstaatliche Aufgaben herangezogen werden; da wird gerne auf arbeitsmarktpolitische Instrumente zurückgegriffen, um Kürzungen bei sozialen Dienste zu kompensieren.

Die Aufgabe, über die nicht nur in Deutschland sich ausbreitenden Grauzonen zwischen freiwilligen Tätigkeiten und Erwerbsarbeit zum Einstieg zu informieren, hatte

Jo Rodejohann übernommen. Er schlug den Bogen von Kostenerstattungen über Aufwandsentschädigungen, teilweise wie im klassischen Ehrenamt staatlich geregelt, aber auch mit kreativ genutzten vielfältigen Gestaltungsspielräumen, hin zu geringfügigen Entgelten im eigentlichen Sinne und bis zu neuen, erstmals staatlich organisierten Freiwilligendiensten wie dem BFD oder aktuellen Plänen in Österreich, die hinsichtlich Zeitaufwand wie Entgelt sich in den Niedriglohnsektor bewegen. Dies entfalte sich im Kontext veränderter (Normal-)Arbeitsverhältnisse und werfe auch die Frage auf, ob nicht freiwillige Tätigkeiten unter dem Zwang der Verhältnisse gerade im Bereich sozialer Daseinsvorsorge (teilweise) auch zu verdeckten Formen unbezahlter Arbeit geworden seien.



Die Berichte über erste Erfahrungen mit dem Bundesfreiwilligendienst bestätigten, dass Jugendlichen eher, wie schon bei Zivildienst und Sozialem Jahr, die orientierenden, lernenden Möglichkeiten einer engagementorientierten Tätigkeit motivierend erscheinen. Für ältere Menschen wurde aus Berlin dagegen von *Gemengelagen mit*

AGH-Entgelt, AGH, MAE und anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten berichtet, von *kleinen Aufwandsersatzes von einem Euro die Stunde, relativ eng angelehnt an AGH/MAE*. Es werde durchlaviert. Mobilitätshilfedienste wie Besuchsdienste wurden als Beispiel angeführt, wie sich eigentlich im gesamten Feld freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements in Berlin hinsichtlich des Themas Widersprüche und Probleme aufgebaut hätten und durch die aktuellen Entwicklungen noch verschärft werden.

Es betrifft ja alle Bereiche, also einfach die Frage, macht es nicht wirklich Sinn, zu schauen, also wie kann man diese Rahmenbedingungen harmonisieren, da geht es mir nicht um Gleichmacherei. Sondern es geht mir darum zu schauen, was sind objektive Kriterien.



Die weitere Diskussion machte überaus deutlich, wie sehr (wohl nicht nur in Berlin) in der konkreten Umsetzung und Gestaltung freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements vor Ort (etwa durch Bezirke bei der Umsetzung von Pflichtaufgaben, durch freie Träger, durch Kranken- und Sozialversicherungsträger in der Bewertung von Aufwandsentschädigungen und Entgelten) unterschiedliche Kulturen und Regelwerke aufeinandertreffen und zu der Sache abträglichen Gemengelagen und Ungleichheiten führen:

Ich habe ganz konkret heute zusammengearbeitet mit einem Bundesfreiwilligen, Bufdi,

einem Senioren, der bekommt Arbeitslosengeld II vom Jobcenter und macht bei uns den Seniorenbesuchsdienst - also ältere Leute begleiten, besuchen. Er hat jetzt das Problem - und das ist wirklich ein Problem -, dass er im Grund zwischen seinem Freiwilligendienst und dem Jobcenter zerrieben wird. Er hat also weiterhin die Verpflichtung, sich zu bewerben, kriegt Arbeitsangebote und im Zweifelsfall, wenn irgendeine Aufgabe ansteht, muss er sich irgendwo vorstellen. Der Mann ist Ende 50 und würde das eigentlich gerne mit vollem Einsatz machen und kann es nicht und natürlich, die finanzielle Frage ist ein großes Problem, im Grund genommen sucht er natürlich etwas, was ihm den Lebensunterhalt sichert, was er im Moment auch nicht hat.



Aus der Sicht der Patin liegt die einzig zielführende Perspektive in klaren Grenzziehungen arbeitsmarkt-, sozial- und engagementpolitischer Lösungen, nicht aber in deren Verwechslung und Vermischung, wie sie in Berlin seit Jahren betrieben werde:



Wir brauchen bei (sozialen) Pflichtaufgaben eine Kontinuität und die ist bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erstens nicht gewährleistet und zweitens ist es ja auch so, was wir auch wissen, dass durch solche Maßnahmen im Grunde genommen auch keine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt stattfinden kann. Also das ist eigentlich ein sozialer Arbeitsmarkt, den wir dauerhaft absichern müssen ... Bei Aufgaben, die

kontinuierlich über Ehrenamt sicher gestellt werden, muss man gucken, wie man es organisiert kriegt, da brauche ich aber Rahmenbedingungen, dass es auch vernünftig organisiert wird und dass eine Kontinuität da ist ... da müssen wir einfach vernünftige Strukturen schaffen, wo beides auch nebeneinander her existiert und wo sich nicht gegenseitig Konkurrenz gemacht wird und wo wir namentlich keine Zweiklassengesellschaft einführen, diese Gefahr finde ich am Größten.

Die Grauzone zwischen Engagement und Arbeit, die mit dem staatlich organisierten BFD entstanden ist, illustrierte eindrücklich für Jüngere der Bericht einer Freiwilligen und für Ältere eine kurze Bemerkung aus den Erfahrungen eines Trägers:

Ich begreife mein BFD als persönliche Entwicklung, als Chance, wirklich einer erfüllenden Tätigkeit über ein Jahr lang nachzugehen und nicht etwa um eine Zeit zu überbrücken. Ich habe mich ganz bewusst dafür entschieden. Allerdings finde ich, dass das schon gar nicht mehr freiwilliges Engagement ist sondern eine hauptamtliche Tätigkeit. Es gibt zwei Probleme: Also einmal weiß ich, dass es für den BFD und das FSJ Kultur in Berlin wahnsinnig viele Bewerbungen gab, aber das wird dann nicht genug gefördert. Das

zweite ist, ich finde, dass ein BFD und ein FSJ, dass das was richtig Exklusives geworden ist. Also ich habe lange gearbeitet - na was heißt lang, ich habe ein halbes Jahr neben der Schule gearbeitet - und mir Geld gespart, dass ich mir meinen BFD leisten kann. Das haben viele andere Leute, die jetzt auch mit mir ihren BFD und ihr FSJ absolvieren ähnlich machen müssen oder sie beziehen jetzt Arbeitslosengeld II oder sie werden eben von ihren Eltern finanziert. Aber ich finde, das kann es eigentlich auch nicht sein, dass da Leute noch Gelder von ihren Eltern und von ihren Verwandten brauchen, um sich ein Jahr lang wirklich für die gute Sache zu engagieren.



Wir haben auch einige ältere Bewerber gehabt, auch einige, die von den Jobcentern geschickt wurden, so nach dem Motto, das wäre doch vielleicht die Alternative. Nachdem die meisten aber die Bedingungen gehört haben, war das für sie erledigt.

Die Moderatorin lenkte bilanzierend mit der Frage, ob unter dem Gesichtspunkt von Freiwilligkeit als maßgebliche Orientierung die strikte Grenzziehung zwischen den Tätigkeiten die

Perspektive bestimmen solle, oder es nicht eher um deren klare, transparente Profilierungen gehe,

... es geht ja nicht darum, gegen das Instrument "Bundesfreiwilligendienst" grundsätzlich zu sein, sondern den Charakter dieses Instrumentes deutlicher zu machen: ob es eher zum Arbeitsmarkt gehört und sozusagen Leute auffängt, die gerade im Arbeitsmarkt nicht untergebracht werden können oder ob es im Sinne der eigentlichen Idee des Freiwilligendienstes um ein freiwilliges gesellschaftliches Engagement geht, um lebenslange Bildungs- und Entwicklungs- und Persönlichkeitsentwicklungschancen ... wir brauchen so was wie eine Neudefinition von ehrenamtlichem und freiwilligen Engagement, wir brauchen eine klare Unterscheidung zu dem, was wir unter bezahlter Arbeit verstehen.

den Blick noch einmal auf die auch an diesem Tisch wieder deutlich gewordene aktuelle Herausforderung für eine aktive Engagementpolitik: Engagement oder Dienst, sprich Arbeit. Hier Antworten zu finden, nicht nur allgemeine sondern auch im Alltag umsetzbare und zielführende, das wäre eine dringende Aufgabe für den Unterausschuss, darüber waren sich Teilnehmende wie Patin einig. In ihren Worten:

Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement wird, so rechnen wir, im ersten Quartal 2013 hoffentlich eingerichtet werden. Bei diesem Unterausschuss müssen wir allerdings sicherstellen, dass der Dialog mit den Akteuren in dieser Stadt auch sichergestellt wird, also es kann nicht sein, dass da Abgeordnete sitzen und wir unterhalten uns untereinander, was zu tun und was zu lassen ist. Da müssen wir gucken, wie wir das im Rahmen des Ausschuss mit Anhörungen etc. gut hinbekommen.

Wie kann Bürgerschaftliches Engagement wirkungsvoll organisiert werden - und wie nicht?

Erfahrungen vor Ort & Einsichten aus Forschung und Politik

Datum: 10.12.2012, 17:00 bis 19:00 Uhr

Pate: Alexander Spies, MdA, Piraten-Fraktion

Gast: Martin Beck, MdA, Bündnis 90/Die Grünen

Es diskutierten: Nalan Arkat | Tobias Baur | Martin Beck | Gerlinde Bendzuk | Carola Gündel | Helmut Herold | Helga Metzner | Bea Paeßler | Katarina Peranić | Jo Rodejohann | Carola Schaaf-Derichs | Dietrich Schippel | Sebastian Schütz | Alexander Spies | Ute Steigenberger - an einem Tisch mit 26 Teilnehmenden

Weitere Dokumentation & angeführte Materialien: www.runder-tisch.freiwillig.info/?p=1026

Allein 588 Seiten umfasst der gerade erschienene "Erste Engagementbericht" einer Sachverständigenkommission samt zugehöriger Stellungnahme der Bundesregierung im Druckformat des Bundestages, drei Freiwilligensurveys sind seit 1999 erschienen, zusätzlich länderspezifische Auswertungen für fast alle Bundesländer und zu besonderen Themen wie Jugend und Sport, mehrere Engagementmonitore liegen vor, Engagementforschung & (Fach-)Tagungen zeugen immer mehr umfängliche Berichte & Analysen - das Feld wird unübersichtlicher. Im Berliner Abgeordnetenhaus wird voraussichtlich im Frühjahr 2013 ein Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement seine Arbeit aufnehmen. Im zwölften Jahr der Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin ist nun offenbar die Zeit gekommen, (vorläufige) Bilanz(en) zu ziehen - und damit zugleich Stichpunkte zukünftiger engagementpolitischer Agenden für Berlin zu sammeln. (Aus der Einladung)

Der dritte Runde Tisch richtete zum Jahresende den Blick auf das nächste Jahr, das nach allen Bekundungen und Versicherungen aus dem Abgeordnetenhaus ja die Einrichtung eines eigenen Unterausschusses zum Bürgerschaftlichen Engagement bringen soll; zuletzt noch einmal zum Ende des vorherigen Treffens angekündigt. So galt es nach zwölf Jahren gemeinsamer Runden am Tisch zusammenzutragen, was für 2013 ansteht, Bilanz zu ziehen, *den Sack für die kommende Reise zu schnüren*. Erstmals

konnte dabei die Moderatorin der Piratenfraktion für die Einladung ins Abgeordnetenhaus danken, mit Alexander Spies als Paten, der schon bei den letzten beiden Runden Tischen mitgewirkt hatte und diesmal das erste Wort hatte - und der gleich auch eine erste Antwort auf die dem Runden Tisch diesmal gestellte Frage gab:

Da gibt es einen wichtigen Punkt, nämlich mit der Zeit der Menschen, die sich engagieren, auch sparsam und wirkungsvoll umgehen und vor allem für Politiker hier diese Zeit nicht mit langen Reden zu strapazieren. Also kurz:



Was kann bürgerschaftliches Engagement nicht sein? Es darf nicht die Aufgaben, die der Staat zu erbringen hat, ersetzen, den Staat nicht aus der Pflicht nehmen, seine sozialen Leistungen zu erbringen.



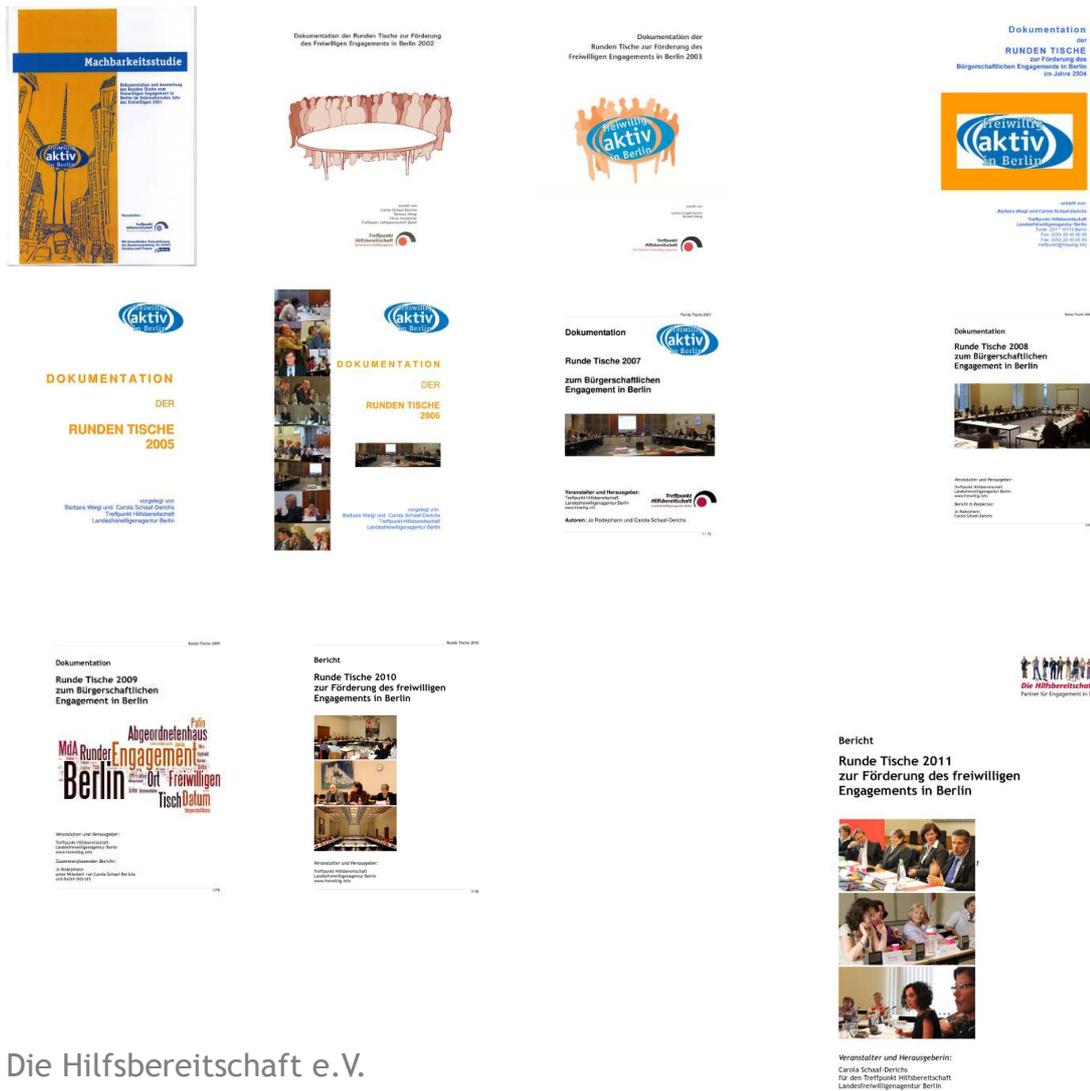
Was soll bürgerschaftliches Engagement sein? Es soll Menschen die Möglichkeit geben, in den Bereichen aktiv zu werden, der Nachbarschaftshilfe usw., wo der direkte Kontakt zu den Menschen besteht, wo eben auch die Probleme erkannt werden und eben Hilfsbereitschaft am Platze ist. Und letztlich,



was darf bürgerschaftliches Engagement auch nicht sein: nämlich eine wirklich völlig unentgeltliche Tätigkeit. Denn wir haben ja gesehen, viele Gemeinschaftsdienste, klassisches Engagement wie freiwillige Feuerwehr, werden ja auch gemacht, um eben Dinge zu ersetzen, die eben ansonsten schwer zu finanzieren sind.

Aber gerade in einer Großstadt, wo eben viele Menschen erst dann auch in der Lage sind, bürgerschaftliches Engagement zu betreiben, wenn sie auch eine finanzielle Förderung bekommen, sollte eben darauf aufmerksam gemacht werden, dass eben dieser Aspekt, nämlich eine bessere finanzielle Ausstattung für bürgerschaftliches Engagement, wichtig ist. Es soll keine Erwerbsarbeit ersetzen, aber speziell bei den Menschen, die eben keine Erwerbsarbeit haben und die auch das Bedürfnis haben, sich zu engagieren, zeigt sich eben doch, dass das bürgerschaftliche Engagement eher zurück geht, weil eben bestimmte finanzielle Voraussetzungen nicht vorhanden sind.

Und Helga Metzner, Vorsitzende des veranstaltenden Die Hilfsbereitschaft e.V., ergänzte diese Ansagen, aus den politischen Diskussionen des "aktiv in Berlin" Landesnetzwerks Bürgerengagement berichtend, dass es in Berlin nicht nur ein bereits großes Bürgerschaftliches Engagement gebe, auch ein noch zu mobilisierendes Potenzial, dass es vor allen Dingen auch Wünsche gebe, *die über die bisherigen Engage-*



Die Hilfsbereitschaft e.V.
 Schumannstraße 3, 10117 Berlin
www.freiwillig.info
www.runder-tisch.freiwillig.info

2013

Bericht & Fotos: Jo Rodejohann

Mitarbeit: André Vollrath (Protokollierung) | Elke Korge (Organisation)

Gefördert durch die Senatsverwaltung
 für Gesundheit und Soziales

